

ZU GAST

Klagemauer für Männer

Gewalt, Scheidung, Sorgerecht – das Männerbüro Basel steht Hilfesuchenden mit Rat und Tat zur Seite

Was Frauen schon lange tun, machen nun mehr und mehr auch Männer: Sie suchen in schwierigen Lebenssituationen um Hilfe nach. Zum Beispiel im Männerbüro von Basel.

Katharina Fontana

Auch Männer haben Probleme. Dieses Erkenntnis ist nicht neu. Neu ist dagegen, dass Männer vermehrt bereit sind, professionelle Hilfe anzunehmen – wie sie ihnen beispielsweise Männerbüros anbieten. Das Basler Männerbüro befindet sich an der Greifengasse nahe der Mittleren Rheinbrücke, eingemietet in einer bescheidenen Zweizimmer-Altbauwohnung. Geschäftsführer ist der 53-jährige Walter Grisenti. Seit 2005 ist der Sozialarbeiter und Gestalttherapeut für die Institution tätig. Das Büro wurde 1995 von einigen «bewegten Männern» ins Leben gerufen, wie Grisenti erzählt, und die ersten zehn Jahre ehrenamtlich betrieben. Im Laufe der Zeit nahmen die Zuwendungen durch die öffentliche Hand und durch Stiftungen zu, so dass die Finanzierung für die nächsten Jahre gesichert ist. Heute arbeiten vier im Sozialbereich ausgebildete Männer dort, zwei im Teilzeitpensum und zwei ehrenamtlich.



Im Gespräch mit Walter Grisenti können Männer im Männerhaus Basel auch Schwächen zeigen.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

In die Ecke gedrängt

An der Greifengasse sprechen Männer aller Gesellschaftsschichten vor. Auch sind alle Altersklassen vertreten: junge Männer, Familienväter, aber auch Pensionierte, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben mit häuslichen Konflikten kämpfen. Einen Gesprächstermin gibt es auf Voranmeldung. Die Hemmschwelle, sich im Büro zu melden, sei hoch, weiss Grisenti. Noch immer gelte ein Mann, der Probleme habe, als nicht gesellschaftskonform und werde tabuisiert. Die Aussage «Selbst ist der Mann» sei vielen von ihnen in Fleisch und Blut übergegangen.

Die Zahl der Beratungen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen; letztes Jahr wurden rund 400 Gespräche durchgeführt. Gut die Hälfte der rund 100 «Klienten», die das Männerbüro 2011 beraten hat, haben ihre Partnerin geschlagen. Für Grisenti und seine drei Kollegen ist es wichtig, den Männern mit Verständnis zu begegnen – «auch wenn es natürlich einfacher ist, sich mit dem Opfer zu solidarisieren». Der Grossteil der Männer zeige Einsicht

und bereue die Tat ehrlich, sagt Grisenti. Zu gewalttätigen Übergriffen auf die Frau komme es häufig in Situationen, wo sich der Mann in die Ecke gedrängt fühle und die Kontrolle zurückerhalten wolle. Im Männerbüro gehe es primär darum, über den Vorfall zu reden und den Männern die eigene Dynamik bewusstzumachen, damit sie Konflikte gewaltfrei lösen könnten, sagt Grisenti. «Wir suchen nicht nach Schuld, sondern hören zu und nehmen die Männer ernst.» Darüber hinaus will man die Betroffenen auch dazu bringen, über ihre Vorstellungen nachzudenken, wie ein «richtiger» Mann zu sein hat. Diese Diskussionen werden zum Teil unter vier Augen, zum Teil aber auch in Gruppen geführt.

Der ewige Ernährer

Der andere grosse Teil der Ratsuchenden sind Männer, die in einer Trennungs- oder Scheidungssituation stecken. Namentlich für jene, die ein traditionelles Ehemodell geführt hätten, sei es ein Albtraum, wenn ihr Lebensplan in die Brüche gehe, sagt Grisenti. In den

Beratungen zeige sich immer wieder, dass diese Männer auch im Scheidungsfall nur schwer aus ihrer Rolle als Ernährer hinausfänden. Oft würden sie sich selber eine billige Bleibe suchen, um den Lebensstandard von Frau und Kindern zu halten. Erst später komme dann die Wut, wenn sie merkten, wie wenig ihnen selber zum Leben bleibe. Die Berater empfehlen den Männern deshalb, unbedingt auch ihre eigenen Bedürfnisse zu berücksichtigen und sich, namentlich wenn Kinder da sind, eine genügend grosse Wohnung zuzulegen. «Andernfalls laufen sie Gefahr, dass die Kinder nicht gerne zu ihnen kommen. Es ist auch heikel für den Vater, wenn die Kinder aus Platzmangel in seinem Bett übernachten müssen, denn Männer werden eben immer noch als potenzielle Missbraucher gesehen.»

Aus den Beratungen weiss Grisenti, dass der eingeschränkte Kontakt mit den Kindern den Männern stark zu setzt. Nach der Scheidung könnten sie ihre Kinder oft nur jedes zweite Wochenende sehen und noch zwei Wochen Ferien mit ihnen verbringen. Grisenti fordert hier eine neue Sichtweise der

Gerichte: Dem Mann müsse es erlaubt sein, anlässlich der Scheidung über die Bücher zu gehen und sein Leben neu zu planen, also weniger zu arbeiten und sich mehr um die Kinder zu kümmern. Er dürfe vom Gericht nicht auf seine bisherige Rolle als Ernährer festgelegt werden. Das gemeinsame Sorgerecht, das derzeit im Parlament behandelt wird, sieht Grisenti als Schritt in die richtige Richtung.

Gemeinsame Ferien

Das Basler Männerbüro würde seine Tätigkeiten gerne erweitern und den interessierten Männern eine Plattform bieten, auf der sie sich über alltägliche Anliegen austauschen können. Sie sollen sich dabei ein Beispiel an den Frauen nehmen, ist es doch heute etwa für alleinerziehende Mütter eine Selbstverständlichkeit, sich zusammenzuschliessen und mit Müttern in derselben Situation Freizeitaktivitäten oder gemeinsame Ferien zu organisieren. Geschiedene Väter seien noch nicht so weit, sagt Grisenti. Sie brauchten etwas Unterstützung, um sich zu finden.

Borgula und Merki gewählt

Stadtratswahlen in Luzern

Vier von fünf Sitzen in der Luzerner Stadtregierung sind am Sonntag im ersten Wahlgang vergeben worden. Noch keinen Sieger gab es beim Kampf um das Amt des Stadtpräsidenten. Die Kräfteverhältnisse im Stadtparlament wurden bestätigt.

Pirmin Schilliger, Luzern

Trotz einer spannenden Ausgangslage erlebte die Stadt Luzern einen flauen Wahlkampf. Jedenfalls bemühten sich lediglich 37 Prozent der Stimmberechtigten an die Urnen. Das beste Resultat erzielte am Sonntag der bisherige Finanzdirektor Stefan Roth (cvp.). Er erreichte 10 019 Stimmen. Das notwendige absolute Mehr lag bei 9501 Stimmen. Diese Hürde schaffte die bisherige Sicherheits- und Umweltdirektorin Ursula Stämmer-Horst (sp.) mit 9799 Stimmen deutlich knapper. Übertroffen wurde sie vom neu kandidierenden NZZ-Redaktor Martin Merki (fdp.). Diesem gelang mit 9912 Stimmen der Sprung in die Stadtregierung auf Anhieb und mit dem zweitbesten Resultat. Der 50-jährige Merki gilt als politischer Quereinsteiger. Er wurde vor drei Jahren ins Stadtparlament gewählt, wo er sich sehr schnell als Fraktionschef der FDP profilierte.

Zweiter Wahlgang notwendig

Das gleiche Ziel wie Merki, wenn auch mit bloss 163 Stimmen über dem absoluten Mehr, erreichte Adrian Borgula (gp.). Der 53-jährige Biologe und Unternehmer sitzt seit vielen Jahren im Kantonsparlament, das er 2009 präsidierte. Noch nicht entschieden ist, wer neben Borgula und Merki sowie den beiden wiedergewählten Bisherigen fünfter Stadtrat in Luzern werden wird. Von jenen Kandidaten, die gestern unter dem absoluten Mehr blieben, gewann Beat Züsli (sp.) 7410 Stimmen, gefolgt von Manuela Jost (glp.) mit 6456 Stimmen.

Den letzten Sitz in der Exekutive dürften diese beiden wohl unter sich ausmachen, falls für den zweiten Wahlgang am 17. Juni nicht plötzlich neue Kandidaten portiert werden. Ein überraschender Achtungserfolg gelang dem erst 23-jährigen Adelino De Sa (jus.). Er kam auf 5312 Stimmen und liess damit Rolf Hermetschweiler (svp.) deutlich hinter sich. Chancenlos und weit abgeschlagen blieben die beiden parteilosen Kandidaten Philipp Federer und Marc César Welti.

Präsidium noch offen

Noch nicht entschieden wurde gestern, wer in Luzern die Nachfolge des abtretenden Stadtpräsidenten Urs W. Studer (parteilos) antreten wird. Zumindest in eine klare Pole-Position für den zweiten Wahlgang hievte sich der bisherige Finanzdirektor Stefan Roth. Er erzielte mehr als doppelt so viele Stimmen wie seine hartnäckigsten Gegner, nämlich Ursula Stämmer-Horst und Adrian Borgula. Mit 8624 Stimmen fehlten Roth am Schluss lediglich 756 Stimmen zum absoluten Mehr von 9380 Stimmen.

Trotz dem krassen Vorsprung des Finanzdirektors bleibt aber die Ausgangslage offen. Denn für den zweiten Wahlgang wird sich das links-grüne Lager wohl auf einen einzigen Kandidaten einigen. Nicht ausgeschlossen wird zudem, dass auch für das Stadtpräsidium neue Namen ins Spiel gebracht und die Karten ganz neu verteilt werden.

Zu keinen grösseren Verschiebungen kam es im Grossen Stadtrat, dem städtischen Parlament. Im Vergleich zu den Wahlen von 2009 mussten die CVP und die Grünen je einen Sitz abgeben. Die SP und die Grünliberalen gewannen je ein Mandat hinzu.

Im 48-köpfigen Parlament lautet denn die Sitzverteilung nun wie folgt: 12 SP (+1), 9 FDP, 9 CVP (-1), 7 SVP, 7 Grüne (-1) und 4 GLP (+1).

Bewilligungspflicht statt Verbot für Kampfhunde

Die Glarner Landsgemeinde stellt sich beim Tierschutzgesetz knapp gegen das Kantonsparlament

Kampfhunde werden im Kanton Glarus nicht verboten. Die Landsgemeinde hat sich stattdessen für eine Bewilligungspflicht ausgesprochen. Nach ausgiebiger Diskussion hiess sie zudem die Einführung der Schulsozialarbeit gut.

Jörg Kruppenacher, Glarus

Drei Mal musste der neugewählte Landammann Andrea Bettiga (fdp.) über das letzte Geschäft der Traktandenliste abstimmen lassen. Im dritten Anlauf nahm er das Augenmass seiner Regierungskollegen zu Hilfe, um das Mehr abschätzen zu können, erst dann stand fest: Ein Verbot von Kampfhunden wird es im Kanton Glarus nicht geben. Ganz knapp schlug sich die Landsgemeinde auf die Seite von Tierschützern und -experten, die sich gegen ein Verbot bestimmter Hunderrassen gewehrt hatten. Im Gegensatz dazu hatte der Landrat, das Glarner Kantonsparlament, in seiner Vorlage zum Tierschutzgesetz ein

Verbot für Hunde «mit besonders hohem Gefährdungspotenzial» verankern wollen.

Damit setzte sich der Antrag der Tierärztin und Präsidentin des Glarner Tierschutzes, Helene Lehmann, durch, statt eines Verbots eine Bewilligungspflicht einzuführen. Lehmann verwies im Ring darauf, dass die Gefährlichkeit von Hunden nicht in erster Linie von der Rasse abhängig gemacht werden könne. In der Verantwortung stünden vor allem die Tierhalter. Sowohl Ständerat This Jenny (svp.) wie auch Gesundheitsdirektor Rolf Widmer (cvp.) wiesen auf zunehmend uneinsichtige Hundehalter hin, die verstärkt «an die Kandare» zu nehmen seien. In diesem Sinn hiess die Landsgemeinde auch eine erweiterte Bewilligungspflicht für «nicht ganz so scharfe Hunde» gut, ebenso für das Halten von mehr als einem Hund pro Haushalt.

Probleme früh erkennen

Eine noch ausführlichere Diskussion löste die vorgeschlagene Einführung der Schulsozialarbeit aus, die von SVP

und BDP bekämpft wurde. Die Landsgemeinde stimmte der Vorlage jedoch deutlich zu. Damit kann der Kanton Glarus 600 Stellenprozent schaffen, um sich der Früherkennung und Bearbeitung sozialer Probleme an der Schule anzunehmen. Die Einführung sei angesichts der heutigen gesellschaftlichen Situation notwendig, hiess es seitens des Landrats. Ebenso gutgeheissen wurde die Schaffung von Sozialinspektoren gegen Missbräuche.

Gegen den Antrag des Landrats entschied die Landsgemeinde – ebenfalls nach längerer Diskussion –, die Kompetenz für die Verteilung von Lotteriegeldern bei der Regierung zu belassen. Gemäss Vorlage hätte die Kompetenz ans Kantonsparlament übergehen sollen. Es bestehe kein Grund, etwas Bewährtes zu ändern, betonten die Verfechter der bisherigen (und künftigen) Lösung, zumal die Verteilung der Gelder auf Kultur, Sport und Soziales zum Spielball der Politik zu werden drohe.

Fast alle weiteren Geschäfte wurden mit einer Mehrheit von Landrat und Regierung gutgeheissen. Ohne Chance blieb das Ansinnen der Jungen SVP und der Jun-

gen FDP, an hohen Feiertagen auf ein Verbot von Tanz- oder Musikveranstaltungen oder generell von Veranstaltungen zu verzichten. Gegen den Willen des Landrats stellte sich die Landsgemeinde aber hinter den Antrag der Tourismusorte, Verkaufsgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe auch an hohen Feiertagen, beispielsweise am 25. Dezember, öffnen zu dürfen.

Halbstundentakt ab 2014

Keine Einwände hatte die Landsgemeinde gegen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Aufstockung der Gelder um gut 1 Million auf 6,97 Millionen Franken erlaubt die Einführung des Halbstundentakts auf der Bahnstrecke Ziegelbrücke-Schwanden sowie einen verdichteten Fahrplan des «Glarner Sprinters» ab 2014. Zudem tritt Glarus dem Tarifverbund «Ostwind» bei.

Mit der von regnerischem Wetter geprägten Landsgemeinde endete die zweite Amtszeit des bisherigen Landammanns Röbi Marti (bdp.). Die Wahl des Justizdirektors Andrea Bettiga zu seinem Nachfolger war unbestritten.